



## Endlich saubere Politik!

Resolution der JUSO Aargau zu Handen der SP des Kantons Aargau am Parteitag vom 9. April 2011 in Wohlen

Gegenentwurf der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau vom 5. April 2011

Die Schweiz sieht sich selber gerne als Musterland der Demokratie. Dieser Mythos hat spätestens seit der Rettung der UBS per Notrecht Risse bekommen. Eine alte Vermutung wird immer mehr zu bitterer Gewissheit: Die Mehrheit der PolitikerInnen in Bern macht nicht mehr Politik für das Volk, sondern für die Interessen einer kleinen, superreichen Minderheit. Die Grossunternehmen und Superreichen haben die rechten Parteien – allen voran SVP, CVP und FDP – faktisch gekauft. Über Parteispenden, Schmiergelder und Verwaltungsratsmandate kontrollieren sie die Politik der rechten Mehrheit.

Die Schweiz ist das einzige demokratische Land der Welt, das keine Regelung betreffend der Transparenz bei der Parteienfinanzierung kennt. Gemäss dem Global Corruption Report von Transparency International steht die Schweiz in Sachen Transparenz der Politikfinanzierung auf gleicher Stufe mit Albanien, den Bahamas, El Salvador, Madagaskar, Sri Lanka oder Uruguay. In einer aktuellen Studie der Universität Zürich schneidet die Demokratiequalität der Schweiz nur sehr mittelmässig ab. Ein Hauptgrund dafür ist die intransparente Parteienfinanzierung.

~~Wir haben dieses dreckige Spiel satt: Schluss mit der Korruption!~~ Ersetzen durch: Diese Machenschaften sind einer Demokratie unwürdig. Die SP des Kantons Aargau fordert unverzüglich Massnahmen für eine saubere Politik und eine echte Transparenz:

1. Alle politische Parteien müssen mindestens einmal pro Jahr und vor Wahlen ihre gesamten Finanzen offenlegen.
2. Die gleiche Regelung soll für alle Kampagnenkomitees bei Abstimmungen und Lobbyorganisationen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gelten.
3. Alle Kandidierenden für politische Ämter und alle MandatsträgerInnen aller Stufen sollen ihre gesamten Einkünfte, Wahlkampffinanzen und Interessenbindungen wie Verwaltungsratsmandate offen legen müssen.
4. Darum fordert die SP alle ihre MandatsträgerInnen und KandidatInnen auf, bis spätestens einen Monat vor den National- und Ständeratswahlen ihre Einkünfte und Interessensbindungen offen zu legen.

### **Begründung für die abweichende Haltung der Geschäftsleitung:**

Die SP Kanton Aargau hat mit allen Kandidierenden für die Nationalratswahlen eine Vereinbarung abgeschlossen. Diese ist durch die jeweils beidseitige Unterzeichnung am 20.11.2010 in Kraft getreten und gilt. Darauf sollen sich die Kandidierenden der SP Kanton Aargau verlassen können. In dieser ist unter Punkt 2 (Informationsaustausch) explizit festgehalten:

*Jede Kandidatin, jeder Kandidat informiert das Parteipräsidium und die Wahlkampfleitung über:*

- die personelle Zusammensetzung des persönlichen Wahl- und/oder HelferInnen-Teams resp. –Komitees.
- Aktivitäten, Budget und GeldgeberInnen im Zusammenhang mit dem persönlichen, nicht von der SP Kanton Aargau getragenen Wahlkampf, inklusive Unterstützungskomitees.
- unterstützende Organisationen und in welcher Form diese den Wahlkampf unterstützen.

Diese Formulierung ist präzise und verständlich. Damit wurden weit höhere Anforderungen an die Kandidierenden gestellt als noch vor vier Jahren. Dies bedeutet, dass die SP Kanton Aargau auch in diesem Punkt fortschrittlicher als die anderen Parteien agiert hat, die geforderte Transparenz bereits über weite Strecken lebt und nicht bloss einfordert. Zudem ist festzuhalten, dass sowohl der Budgetprozess als auch die Rechnungsabnahme der Kantonalpartei komplett öffentlich sind. Die SP Kanton Aargau handelt also auch in diesem Punkt bereits seit längerer Zeit ohne gesetzliche Verpflichtungen transparent.